

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/019(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag, 04.03.2021	Ratssaal Alter Markt 6 39104 Magdeburg	16:00Uhr	21:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2021 und 04.02.2021
 - 3.1 14.01.2021
 - 3.2 04.02.2021
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau

5.1	Wirtschaftsplan 2021/ 2022 für das Sanierungsgebiet Magdeburg Buckau Amt 61/BauBeCon	DS0021/21
6	Denkmale und verwahrloste Immobilien	
7	Beschlussvorlagen	
7.1	Anpassung Entwurfsplanung für die Sanierung der Kindertagesstätte "Bussi Bär" und Jugendwerkstatt "Buntes Werkstattprojekt", Ferchlander Weg 1 in 39128 Magdeburg EB KGm	DS0348/20
7.2	Strategiepapier zur Belebung der Magdeburger Innenstadt 2021 - 2025 Dez III	DS0643/20
7.3	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan Gebiet 268-5 (Neuprester- Kludamm) zur Gemeindestraße, 39114 – Zum Sandkolk Amt 66	DS0653/20
7.4	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 135-1 "Nördliche Umfassungsstraße" Amt 61	DS0621/20
7.5	Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 135- 1 "Nördliche Umfassungsstraße" Amt 61	DS0622/20
7.5.1	Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 135- 1 "Nördliche Umfassungsstraße" UwE	DS0622/20/1
7.6	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal" Amt 61	DS0267/20
7.7	Erweiterung des Geltungsbereichs und öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal" Amt 61	DS0268/20
7.8	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum B-Plan Nr. 256-4 "Puppendorf/Berliner Chaussee" Amt 61	DS0471/20
7.9	Satzung zum B-Plan Nr. 256-4 "Puppendorf/Berliner Chaussee" Amt 61	DS0472/20
7.10	Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens und Erweiterung des Geltungsbereichs zum Bebauungsplan Nr. 481-1 "Iltisweg" Amt 61	DS0627/20

7.11	Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung des Olvenstedter Platzes Amt 61	DS0597/20
7.12	Grundsatzbeschluss Umgestaltung Nicolaiplatz Amt 61	DS0604/20
7.13	Verlängerung des Berufungszeitraumes für die Mitglieder bzw. Vertreter*in des Gestaltungsbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 61	DS0022/21
8	Anträge	
8.1	Angebot des Jobtickets für Bedienstete der Stadtverwaltung attraktiver gestalten Fraktion GRÜNE/future!, CDU-Ratsfraktion	A0222/20
8.1.1	Angebot des Jobtickets für Bedienstete der Stadtverwaltung attraktiver gestalten FB 01	S0416/20
8.2	Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl- Park in die Mehring-Straße SPD-Stadtratsfraktion	A0122/20
8.2.1	Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl- Park in die Mehring-Straße EB SFM	S0446/20
8.3	Instandsetzung von Kopfsteinpflasterstraßen in der Ortschaft Randau-Calenberge und Schaffung von Stellplätzen Ortschaftsrat Randau-Calenberge Ortsbürgermeister Günther Kräuter	A0215/20
8.3.1	Instandsetzung von Kopfsteinpflasterstraßen in der Ortschaft Randau-Calenberge und Schaffung von Stellplätzen Amt 66	S0457/20
8.4	Informationspflicht vor Baumfällungen (A0026/21) (Vorbehaltlich der Beschlussfassung im UwE)	
9	Informationen	
9.1	Antrag Piktogramm Fußgängerzone / Olven 1 Amt 66	I0345/20
9.2	Beleuchtung Elberadweg Magdeburg Amt 66	I0012/21
9.3	Ausleuchtung des Fußweges entlang der Südseite des Neustädter Sees Amt 66	I0013/21

9.4	Aufstellung von Fahrradbügeln und Pollern im Bereich der Raiffeisenstraße (Nordseite) Amt 66	I0025/21
9.5	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen FB 62	I0026/21
9.6	A0240/19 Baumaßnahmen im Magdeburger Norden koordinieren – Umleitungsverkehre ordentlich organisieren Amt 61	I0006/21
9.7	Touristisches Parkraumkonzept der Landeshauptstadt Magdeburg Amt 61	I0226/20
9.8	Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Maßnahmen des Bebauungsplans Nr. 476-1 "Mariannenviertel" Amt 61	I0034/21
10	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	
11	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Dr. Falko Grube

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

Reinhard Stern

Vertreter

Christian Hausmann

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** eröffnet die Sitzung. Er geht auf die fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ein und begrüßt die Anwesenden.

Stadtrat Stage schlägt einen gemeinsamen Vor-Ort-Termin (UwE, StBV) am Winterhafen vor.

Datum: 12.03.2021;
Zeitpunkt: 12:30 Uhr;
Treffpunkt: Eisenbahner-Clubhaus;

Die Stadträte sprechen sich mehrheitlich dafür aus.

Des Weiteren geht der **Vorsitzende** auf die Möglichkeit einer digitalen Ausschusssitzung ein und hinterfragt deren Zustimmung.

Abstimmung: 4-4-1 abgelehnt

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Dr. Grube bittet um nochmalige Zurückstellung des TOP 8.2 / 8.2.1.

Des Weiteren soll der TOP 7.2 und der TOP 8.3 vorgezogen werden.

Redebedarf wird zum TOP 9.4 angemeldet.

Abstimmung: 9-0-0 geändert beschlossen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2021 und 04.02.2021

3.1. 14.01.2021

Abstimmung: 7-0-2

3.2. 04.02.2021

Abstimmung: 9-0-0

4. Einwohnerfragestunde

Bürger 1 zum Thema MVB – Buslinienumstellung (Linie 55 bzw. 52)

Mit dem Wegfall der Buslinie zur Anbindung des Hohendodeleber Weg/Beimssiedlung (Linie 55) und der Umstellung auf die Linie 52 ist die Umstiegssituation problematisch geworden. Er spricht sich für einen engeren Takt der Linie aus. Ein 20-Minuten-Takt sei erforderlich. Ein 1-Stunden-Takt nach Sudenburg werde bemängelt bei der Linie 52.

Bei der Planung der MVB-Abfahrzeiten und Umstiegszeiten müsse z.B. auch an die mobilitätseingeschränkte Bevölkerung gedacht werden, gibt er zu bedenken.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Zuständigkeiten und werde den Sachverhalt weiterleiten. Eine schriftliche Antwort werde unter Einbeziehung der MVB hinsichtlich Umsteigebeziehungen erfolgen.

Stadtrat Stage empfiehlt dem Bürger auch den Fahrgastbeirat der MVB zu kontaktieren.

Bürger 2 zum Thema Neue Neustadt, Mittagstraße – Verkehrssituation

- LKW-Verkehr ab 04:00 Uhr;
- schlechter Straßenzustand;

Er hinterfragt den Stand zum VEP 2016 hinsichtlich Lärmsanierungsproblematik und fragt nach Möglichkeiten einer Entschärfung der unerträglichen Situation.

Des Weiteren fragt er nach der Möglichkeit von Einschränkungen im Bereich der Brücke Neustädter Feld. Er verweist auf die KITA in der Mittagstraße und einen schlechten Zustand des Fahrradweges.

Herr Dr. Scheidemann informiert über die momentan laufenden Abstimmungsgespräche zum VEP.

Der Brückenbau Mittagstraße sei ohne Last einschränkung ausgebaut, teilt **Herr Gebhardt** (AL 66) mit.

Die Kastanienstraße wurde für eine wesentlich größere Verkehrsbelastung vierstreifig ausgebaut.

Die hohe Verkehrsbelastung im Bereich der Mittagstraße sei der Verwaltung bekannt und verweist auf bereits viele Eingaben der Anwohner der Straße.

In einem Gutachten werde aktuell der Verkehrslärm ermittelt und begutachtet. Im Ergebnis könne gegebenenfalls mit einer Temporeduzierung auf 30 km/h gerechnet werden.

Stadtrat Stage hinterfragt die Möglichkeit einer Tempo-30-Zone.

Ein Strecken 30 in dem Straßenbereich müsse gutachterlich (Auswertung der vorhandenen Lärmpegelhöhen) festgestellt werden, teilt **Herr Gebhardt** mit. Damit könne eine Tempobeschränkung beantragt und veranlasst werden (von Tempo 50 auf Tempo 30).

Ebenfalls wird von dem Bürger eine Einbahnstraßenregelung angeregt. Er sieht das Problem, dass Tempobeschränkungen nicht ernst genommen werden. Er spricht sich für zwei Fahrradwege aus und verweist auf die Schule und Jugendeinrichtung in diesem Bereich. Die zu schnell fahrenden Autos seien das Problem.

Er sieht eine Verharmlosung des Problems.

Stadtrat Dr. Grube möchte sich persönlich ein Bild vor Ort machen. Spontan habe er auch keine Lösung parat. Eine Änderung der StVO sei dafür dringend erforderlich. Momentan sei der Schwerlastverkehr nicht lenkbar/leitbar, um das Problem zu beheben.

Bürger*innen 3 (schriftliche Anfrage) zum Thema Rodungsarbeiten im Bereich des Bebauungsplanes „Südlich Sieverstorstraße“

Anlage

5. Lenkungsausschuss Buckau

5.1. Wirtschaftsplan 2021/ 2022 für das Sanierungsgebiet Magdeburg Buckau Vorlage: DS0021/21

Frau Schube (BauBeCon) erläutert die Beschlussvorlage und verweist darauf, dass kurzfristig vom EB KGm die Wiederherstellung des Schornstein am Volksbad Buckau mit eingesteuert wurde. Für die schon eine denkmalrechtliche Genehmigung vorliege. Die Kostenschätzung liege bei 45.000 €, sie bittet noch um die Aufnahme in den vorliegenden Wirtschaftsplan.

Stadtrat Stage fragt, ob etwas gegen die nachträgliche Aufnahme in den Wirtschaftsplan spreche. **Herr Dr. Scheidemann** empfiehlt einen Änderungsantrag zu stellen.

Stadtrat Stern erkundigt sich u.a. nach dem:

- Grunderwerb in der Brauereistraße;
- Abschlussbericht;
- Stand Ablösevereinbarung;

Frau Schube teilt dazu folgendes mit:

- Der Grunderwerb betrifft schmale Gehwegrestflächen entlang der Südseite des südlichen Gehweges. Die angrenzende Bebauung erfolgte nicht entlang der Grundstücksgrenze. Zwischen Gebäude und Grundstücksgrenze besteht ein c. 50-80 cm breiter Streifen. Dieser wurde im Rahmen der Gehwegsanierung neu hergestellt. Der Gehweg ist öffentlich gewidmet. Zu Bereinigung des Grundbuches soll dieser Streifen angekauft werden. Der Gehweg befindet sich nach dem Ankauf vollständig auf städtischem Grundstück.
- Die Abschlussbroschüre mit einer Auflage von 1000 Stück umfasst die Abschlussdokumentation über das Sanierungsgebiet, finanziert aus der Sanierungsmaßnahme;
- offene Bescheide ca.: 150;
- versendete Bescheide ca.: 260;

An der Dokumentation bestehe ein öffentliches Interesse somit sollte ein Teil in der öffentlichen Hand (Bibliothek) verbleiben, so **Stadtrat Hempel**.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt folgende Änderung.

Die Maßnahme "Schornstein am Volksbad Buckau", Kosten ca. 45.000 €, wird in den Wirtschaftsplan mit aufgenommen.

Abstimmung: 9-0-0

Stadtrat Stern hat noch eine Nachfrage zum Stand der Baumaßnahme Bleckenburgstraße.

Die Baumaßnahme sei bereits fast fertiggestellt, teilt **Herr Dr. Scheidemann** mit.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (9-0-0) den geänderten Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV054-019(VII)/21**.

Beschlussvorschlag:

Der Lenkungsausschuss beschließt:

1. den Wirtschaftsplan 2021/ 2022

Neu: Die Maßnahme "Schornstein am Volksbad Buckau", Kosten ca. 45.000 €, wird in den Wirtschaftsplan mit aufgenommen.

2. die Verlängerung des Satzungszeitraumes für das Sanierungsgebiet Buckau bis zum 31.12.2022
3. die Aufhebung der Sanierungssatzung für das Sanierungsgebiet Buckau zum 31.12.2022

6. Denkmale und verwaarloste Immobilien

7. Beschlussvorlagen

- 7.1. Anpassung Entwurfsplanung für die Sanierung der Kindertagesstätte "Bussi Bär" und Jugendwerkstatt "Buntes Werkstattprojekt", Ferchlander Weg 1 in 39128 Magdeburg
Vorlage: DS0348/20
-

Herr Reum (EBL KGm) bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Hempel hinterfragt die Enthaltungsgründe im Jugendhilfeausschuss (4-0-8) und die behindertengerechte Ausstattung der Außenanlage.

Herr Reum vermutet pädagogische Hintergründe bei der Enthaltung zur Beschlussvorlage. Die Inhalte waren teilweise nicht so im Ausbauftrag des EB KGm enthalten, der Focus des EB KGm lag auf dem Gebäude.

Eine barrierefreie Gestaltung der Außenanlagen werde erfolgen.

Abstimmung zur DS0348/20: 8-0-1

- 7.2. Strategiepapier zur Belebung der Magdeburger Innenstadt 2021 - 2025
Vorlage: DS0643/20
-

Frau Stieger (BG III) führt mit einer Power-Point-Präsentation in die Thematik ein.

Stadtrat Dr. Grube äußert sich lobend hinsichtlich einer Belebung der Innenstadt. Die Begegnungen in der Stadt bleiben ein wichtiges Thema. Dazu hinterfragt er den aktuellen Stand der Umsetzungen des Wettbewerbes „Alter Markt“.

Skeptisch äußert er sich bezüglich Shared Space.

Auf den vorab versendeten Änderungsantrag eingehend hält er den Vorschlag, den Fahrradverkehr auf die Otto-von-Guericke-Straße zu leiten, für durchaus sinnvoll. Dieses werde von seiner Fraktion mitgetragen. Durchaus vorstellbar sei auch, dieses als eine Lösung hinsichtlich einer schnellen Fahrradrouten (Tangente).

Einen Änderungsvorschlag hat er zum Verkehrsversuch Shared Space. Mit dem Versuch sollte erst nach dem Ende der Corona-Einschränkungen begonnen werden, aber nur gemeinsam und mit Zustimmung der ortsansässigen Händler. Er schlägt perspektivisch den Sommer 2022 vor.

Stadtrat Stage findet diese umfangreiche Beschlussvorlage spannend und geht erläuternd auf den vorab verteilten Vorschlag des Änderungsantrages ein.

Stadtrat Schuster verweist auf die Festlegung im Stadtrat, keinerlei Veränderungen in der Verkehrsführung durchzuführen, bevor nicht die Baumaßnahme Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee beendet sei.

Des Weiteren findet er es sehr befremdlich, unterschiedliche Gesprächsrunden/ Teilnehmerkreise mit der IG Innenstadt durchzuführen.

Die Planungen hinsichtlich Shared Space sieht er problematisch. Er verweist u.a. auf die Problematik Erreichbarkeit des Justizgebäudes, Erreichbarkeit der vorhandenen Parkplatzmöglichkeiten bzw. den Anlieferverkehr zur Bärstraße. Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass die Einzelhändler größtenteils auch auf die Autofahrer*innen angewiesen seien und somit werde es eine Verlagerung des Verkehrs geben.

Er erläutert die Situation in Schönebeck nach dem Shared Space Umbau.

Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen alle Nutzer*innen sollen auf dem Breiten Weg gleich agieren, dieses hält er für fraglich. Er befürchtet den Einbruch des Kundenstroms in der Innenstadt entlang des Breiten Weges.

Die IG Innenstadt habe sich gegen das Konzept ausgesprochen, da dies momentan zur „Unzeit“ komme.

Gut sei eine Belebung des Alten Marktes.

Der Übergang (Kreuzungsbereich) Ernst-Reuter-Allee müsse mitbetrachtet werden (Der Bereich zur Aufstellung der Fußgänger*innen bzw. Radfahrer*innen).

Magdeburg habe den Autoverkehr, der nicht zu negieren sei. Das Fahrrad werde ergänzen, aber nicht das Hauptverkehrsmittel von Magdeburg.

Stadtrat Moll findet die Beschlussvorlage sowie den Änderungsantrag gut. Er möchte aber, dass der Nordabschnitt des Breiten Weges mit einbezogen werde.

Allgemein zustimmend spricht sich **Stadtrat Mertens** für die Beschlussvorlage aus. Hinsichtlich Shared Space sei man in der Fraktion geteilter Meinung, teilt er mit.

Er verweist auf die baulichen Gegebenheiten in der Innenstadt. Es werde schwer, den Breiten Weg mit einer Nutzung zu füllen außer zu einzelnen Events.

Auf die richtige Wortwahl sollte hinsichtlich „Autofreie Stadt“ geachtet werden und verweist auf die Nutzung der Anlieger.

Auf den Änderungsantrag Punkt 1 eingehend begrüßt er einen Ausbau des Fahrradweges Otto-von-Guericke-Straße. Der Breiten Weg sollte bezüglich der Verkehrswege unverändert bleiben.

Den Punkt 2 des Änderungsantrages sehe er mit einem 16-wöchigen Versuch nicht mehr als einen Versuch, sondern als Faktenschaffung.

Stadtrat Hempel steht der Beschlussvorlage positiv gegenüber. Eine Verkehrsreduzierung mit Erhöhung der Aufenthaltsqualität finde sich in der Beschlussvorlage wieder. Eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität bedeute eine Aufwertung des Bereiches.

Er verweist auf das Scheitern in Friedrichshain und auf das damalige Zeitfenster der Umsetzung.

Der Innenstadthandel hatte auch schon vor Corona Probleme.

Der ÖPNV-Nutzer lasse seiner Meinung nach mehr Geld in der Innenstadt. Shared Space schließt Autoverkehr nicht aus, macht diesen nur langsamer.

Den Leidensdruck der Händler kann er nachvollziehen. Mit dem Umbau des Alten Marktes steht und fällt das Konzept.

Die Lösungen hinsichtlich Radverkehr könnten parallel umgesetzt werden.

Auf die Bemerkung von **Stadtrat Schuster** eingehend hinsichtlich der unterschiedlichen Gesprächskreise verweist er auf die vorhandene Grundeinstellung der Fraktionen.

Stadträtin Linke bedankt sich für die gute Beschlussvorlage. Die Visionen decken sich mit denen ihrer Fraktion.

Sie verweist auf eine gelungene Shared Space Umsetzung in Schönebeck.

Möglichkeiten für den Individualverkehr seien gegeben. Eine Verkehrsberuhigung und eine alternative Fahrradrouten sei wichtig und dieses müsse zeitnah umgesetzt werden.

Die IG Innenstadt wünsche sich tatsächlich mehr Beteiligung. Flaniermeile, Aufenthaltsqualität brauche es jetzt. Dieser Mut müsse jetzt aufgebracht werden und nicht erst im Jahr 2025 oder 2026. Dem inhabergeführten Einzelhandel gehe es schlecht, auf den Einzelhandel müsse zugegangen werden.

Die Innenstadt müsse jetzt gerettet werden, jetzt müsse gehandelt werden.

Sie plädiert für den Änderungsantrag, aber nicht zeitlich verschoben, wie von **Stadtrat Dr. Grube** vorgeschlagen.

Stadtrat Stern geht ergänzend auf die Ausführungen von **Stadtrat Schuster** ein. Das Strategiepapier komme zu einem unglücklichen Zeitpunkt. Der Handel stehe vor dem Umbruch. Er interpretiere das Schreiben der IG Innenstadt wie folgt, der Innenstadthandel müsse gerettet werden, der Gewinner sei der Onlinehandel. Er warnt davor zu dieser Zeit die Innenstadthändler als „Versuchskaninchen“ zu benutzen.

Er spricht sich dagegen aus, die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen. Er verweist auf Aussagen im GMA-Gutachten hinsichtlich des Umsatzes pro Autokunden. Die Innenstadt lebe von Pendlern aus dem Umland. Eine „Sperre“ des Straßenabschnittes kommt zu einem schlechten Zeitpunkt.

Das Ende der Tunnelbaustelle müsse abgewartet und die Verkehrsströme neu bewertet werden.

Viele gute Ideen (Spielplätze) müssen in Einklang zwischen Verwaltung, Stadtrat und Händlern gebracht werden.

Eine Schnellstrecke für den Radverkehr hält er für unnötig, diese sollten doch lieber in der Stadt verweilen, regt er an.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für eine Änderung im Änderungsantrag aus.

Er verweist auf die Auswirkungen der Pandemie im Handel und die Tunnelbaustelle. Er spricht sich dafür aus, frühestens „perspektivisch“ mit der Fertigstellung des Tunnels 2023 und nur mit allen ansässigen Händler*innen ein Konzept zu erstellen. Nur gemeinsam mit den Händler*innen werde dieses gelingen können, sonst werde das Projekt scheitern, gibt er noch einmal zu bedenken.

Eine Ertüchtigung des Fahrradweges an der Otto-von-Guericke-Straße im Bereich Theater reiche seiner Meinung nach schon aus.

Shared Space funktioniere schon im Nordabschnitt nicht. Auch im Bereich des Schleinufers sieht er Konfliktpotenzial.

Mit Hilfe der Wirtschaftsförderung soll die Frequenz von Menschen in der Innenstadt gesteigert werden, argumentiert **Frau Stieger**. Sie verweist auf Zählungen im Allee-Center, welches als

attraktive „Einflugschneise“ für den Autoverkehr gesehen werde. Das Papier sei wirtschaftsförderlich gedacht und soll kein Eingriff in die Stadtentwicklung darstellen. Die Möglichkeit zur Umsetzung von Shared Space bestehe. Jedoch sei die Innenstadt ohne Autos nicht überlebensfähig.

Stadtrat Stage möchte den durchfahrenden Fahrradverkehr von der Flaniermeile lenken. Dieses untermauert der Punkt 1 im Änderungsantrag.

Der Punkt 2 im Änderungsantrag sei auf keinen Fall mit Zwang umzusetzen.

Ergänzend verweist er noch auf den Hinweis der IG Innenstadt zur „Spurreduzierung“ im Bereich der Ernst-Reuter-Allee und liest die Stellungnahme der IG Innenstadt noch einmal vor. Jetzt sollte die Chance genutzt werden, es werde Veränderungen geben. Die Leute müssen in die Innenstadt zurückgeholt werden. Andere Städte machen diese bereits vor und verändern das Leben in der Innenstadt.

Stadtrat Schuster geht auf die Anmerkung von **Stadtrat Hempel** ein und verweist darauf, dass alle demokratischen Kräfte an der Diskussion zu beteiligen seien und keine ausgeklammert werden dürfen, die auf wunde Stellen hinweisen.

Er verweist auf den Nordabschnitt des Breiten Weges und deren Entwicklungsstand und kann den Fokus auf den Südabschnitt nicht nachvollziehen.

Stadtrat Hempel fragt, ob die gesamte CDU-Fraktion auch die Reduzierung der Fahrspuren mittragen werde.

Das Zeitfenster sei momentan nicht gut und werde der IG Innenstadt jetzt nicht helfen.

Stadtrat Mertens bittet um eine Umformulierung des Punkt 1 im Änderungsantrag hinsichtlich Zeitvorschlag.

Stadtrat Stage schlägt eine Erweiterung des Änderungsantrages um den Hinweis zur Spurreduzierung aus der IG Innenstadt vor.

Stadtrat Mertens spricht sich gegen den Zeitvorschlag aus.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf Baumaßnahmen auf der Walther-Rathenau-Straße, die Ernst-Reuter-Allee werde in diesem Zusammenhang für einen leistungsfähigen Durchgangsverkehr gebraucht.

Stadträtin Linke verweist auf den „Rahmenplan Innenstadt“ und den Wunsch einer Reduzierung der Ernst-Reuter-Allee. Dieses sei somit nicht neu und müsse jetzt unterstützt werden.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich dafür aus die Beschlussvorlage zum „Rahmenplan Innenstadt“ abzuwarten.

Stadtrat Stern spricht sich gegen eine Reduzierung der Ernst-Reuter-Allee aus, die Entwicklungen nach der Tunnelbaustelle sollten erst abgewartet werden.

Änderungsantrag:

1. Das in der Anlage befindliche Strategiepapier zur Innenstadtbelebung wird in Punkt 5.5. „Einrichtung eines Shared Space“ um folgenden Absatz ergänzt:

Es ist eine leistungsfähige Fahrradroute in Nord-Süd-Richtung als Alternative zum Breiten Weg zwischen Universitäts- und Hasselbachplatz zu schaffen. Diese kann beispielsweise über die Otto-von-Guericke-Straße / Erzbergerstraße führen. Die Verwaltung legt entsprechende Realisierungsvorschläge bis Ende 2021 vor.

Abstimmung: 7-2-0

2. In der Beschlussvorlage wird zwischen Punkt 2 und Punkt 3 alt ein neuer Punkt 3 eingefügt. Die bisherigen Punkte 3 – 5 werden entsprechend als 4 – 6 neu nummeriert:

Neu 3: Nach dem Ende der Coronapandemie und der Normalisierung des Innenstadthandels wird in einem der folgenden Jahre zwischen Mai und September für die Dauer von mehreren Wochen im Rahmen eines Verkehrsversuches der Breite Weg zwischen Ernst-Reuter-Allee und Bärstraße / Himmelreichstraße für den Motorisierter Individualverkehr gesperrt. Dazu wird in enger Abstimmung mit den ansässigen Händler*innen ein Konzept erstellt. Ziel ist, temporär eine erhöhte Aufenthaltsqualität für Fußgänger*innen zu schaffen und zeitweise (aber nicht durchgängig) eine Bespielung durch Veranstaltungen, mit Marktständen u. ä. zu ermöglichen. Dieser Verkehrsversuch wird entsprechend fachlich begleitet. Unter anderem durch Verkehrszählungen und Befragungen soll untersucht werden, ob eher die Einschränkungen durch die Sperrung oder aber der Zugewinn an Stadtraum für die Nutzer*innen der Innenstadt überwiegen, wie sich Verkehrsströme verlagern und welche Aspekte bei einer zukünftigen dauerhaften Verkehrsberuhigung, z. B. durch einen Shared Space, berücksichtigt werden sollten.

Abstimmung: 5-2-2

3. Die Beschlussvorlage wird um einen Beschlusspunkt 7 ergänzt:

Neu 7: Der Stadtrat unterstützt die perspektivische Umsetzung der Forderung der IG Innenstadt: "Behebung der trennenden Wirkung der Ernst-Reuter-Allee durch Reduzierung der Fahrspuren im Bereich zwischen SWM Zentrale und Ulrichshaus bzw. Allee-Center und Stadt Prag. Einrichtung einer dauerhaften Tempo 30 Zone (analog Weihnachtszeit) in diesem Bereich. Schaffung von zusätzlicher Aufenthaltsqualität."

Abstimmung: 6-3-0

Abstimmung zur DS0643/20: 6-0-3 empfohlen mit Änderungsantrag

7.3. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan Gebiet 268-5
(Neuprester-Klusdamm) zur Gemeindestraße, 39114 – Zum
Sandkolk
Vorlage: DS0653/20

Herr Gebhardt bringt die Beschlussvorlage ein.

Von Seiten der Stadträte gab es keine Nachfragen.

Abstimmung zur DS0653/20: 9-0-0

7.4. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum
Bebauungsplan Nr. 135-1 "Nördliche Umfassungsstraße"
Vorlage: DS0621/20

Die TOP 7.4 und 7.5 werden im Zusammenhang beraten. Eine erste Lesung erfolgte bereits in der Sitzung am 04.02.2021.

Frau Schäferhenrich (Amt 61) bringt die Beschlussvorlagen ein. Sie geht auf den Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Umwelt und Energie (UwE) ein. Anhand neuer Darstellungen erläutert sie die sich aus der ersten Lesung ergebenden Möglichkeiten.

Stadtrat Stage begrüßt die von der Verwaltung gemachten Vorschläge. Er selber habe einen Plan mit den derzeit vorhandenen und geplanten Stellplätzen im öffentlichen Raum erarbeitet, der daraufhin vorstellt wird.

Frau Schäferhenrich geht auf die ausreichende Versorgung von Einstellplätzen (ESP) ein. Des Weiteren erläutert sie anhand einer Skizze die Möglichkeit zur Errichtung von halbversenkten Parkdecks.

Stadtrat Stern geht auf die bereits in der letzten Sitzung geäußerten Bedenken hinsichtlich der Geschossigkeit zum angrenzenden Problemquartier ein. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich nach weiteren Bauherren.

Bisher gebe es keine weiteren Interessenten, teilt **Frau Schäferhenrich** dazu mit.

Stadtrat Hempel findet die Absenkung um ein ½ Geschoss eine charmante Lösung, um eine unterirdische Unterbringung von PKW-Stellplätzen zu ermöglichen. Damit verbunden könne eine Chance für die Bauherren gegeben werden, die Elektroladeinfrastruktur dort mit unterzubringen.

Mehr Grün und die Errichtung von Elektroladeinfrastrukturen in diesem Bereich sei zu favorisieren.

Stadtrat Moll findet die Möglichkeit von halbversenkten Parkdecks eine gute Kompromisslösung mit geringeren Kosten im Vergleich zur Tiefgarage.

Stadtrat Schuster verweist bezüglich der halbversenkten Parkplätze auf den Elbebahnhof. Die Verbreiterung der Baufenster soll nur für die halbversenkten Parkdecks und nicht für den gesamten Baukörper erfolgen (1-geschossig). Mit der vorgeschlagenen Variante wird die Wohnqualität erhöht.

Dieses sei denkbar, so **Frau Schäferhenrich**.

Frau Schäferhenrich geht dann noch einmal auf den Änderungsantrag des UwE ein. Dieser beziehe sich nur auf ein bestimmtes Baufeld und nicht auf das gesamte Gebiet, gibt sie zu bedenken.

Stadträtin Linke stimmt den Ausführungen von **Stadtrat Schuster** zu und spricht sich dafür aus, die dargestellten Festsetzung auf alle Baugebiete auszuweiten.

Stadtrat Stern äußert sich kritisch hinsichtlich E-Autos in Tiefgaragen und Brandschutz. Er verweist auf diverse Brandvorfälle im Zusammenhang mit Elektroladestationen und einen Ausschluss von E-Autos in Tiefgaragen in anderen Kommunen.

Er spricht sich dafür aus, erst eine Stellungnahme der Feuerwehr aus brandschutztechnischer Sicht dazu abzufordern und dann erst mit dem Verfahren weiter fortzufahren.

Frau Schäferhenrich erläutert, dass im Rahmen der TÖB eine Stellungnahme hierzu eingeholt werde.

Dazu lässt der **Vorsitzende Stadtrat Stage** abstimmen.

- Stellungnahme Feuerwehr vor weiterem Verfahrensfortgang.
Abstimmung: 1-6-2 abgelehnt

Stadtrat Stage bittet die Verwaltung den Bebauungsplan dahingehend zu überarbeiten. Der überarbeitete Bebauungsplanentwurf soll zur Stadtratssitzung vorgelegt werden.

Herr Dr. Scheidemann verweist darauf, dass dies nur mit einem Änderungsantrag des Oberbürgermeisters möglich ist.

Abstimmung zur DS0621/20: 7-0-2

7.5. Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 135-1 "Nördliche Umfassungsstraße"
Vorlage: DS0622/20

Abstimmung zur DS0622/20: 6-0-3 geändert empfohlen

7.5.1. Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 135-1 "Nördliche Umfassungsstraße"
Vorlage: DS0622/20/1

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0622/20/1: 6-0-3

7.6. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal"
Vorlage: DS0267/20

Frau Schäferhenrich erläutert die Beschlussvorlage und geht auf die Diskussionen im UwE zur Lage der Zufahrt bezüglich der Baumallee ein. Dieses Thema könne aber parallel zur öffentlichen Auslegung geklärt werden.

Stadtrat Stage geht auf den Hinweis von Bürgern, der Stellungnahme vom Umweltamt sowie den nicht stimmigen Beschlussvorschlag zum Thema „Klinke – Gewässerrandstreifen“ ein. Er spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat in dem Beschlussvorschlag unter 1.1 Klinke – Gewässerrandstreifen der Anregung zu folgen und „nicht“ zu streichen.

Der Beschlussvorschlag lautet somit:

1.1 Klinke - Gewässerrandstreifen

*Für Grundstückseigentümer*innen gilt.....*

Der Anregung wird gefolgt.

Abstimmung: 7-0-0

Stadtrat Belas und Stadtrat Stern sind zur Abstimmung nicht anwesend.

Abstimmung zur DS0267/20: 7-0-0 empfohlen mit Änderungsantrag

- 7.7. Erweiterung des Geltungsbereichs und öffentliche Auslegung des Entwurfs zur 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 343-1 "Lemsdorf-Klinketal"
Vorlage: DS0268/20
-

Die Beschlussvorlage wird ohne weitere Diskussionen abgestimmt.

Abstimmung zur DS0268/20: 6-0-1

- 7.8. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum B-Plan Nr. 256-4 "Puppendorf/Berliner Chaussee"
Vorlage: DS0471/20
-

Die TOP 7.8 und 7.9 werden im Zusammenhang eingebracht und beraten.

Frau Schäferhenrich erläutert die Beschlussvorlagen.

Stadtrat Moll hat Nachfragen zu den Altlasten der ehemaligen Tankstelle. Im Rahmen des TÖB-Verfahrens habe es keine Hinweise dazu gegeben, teilt **Frau Schäferhenrich** mit.

Gab es eine Tankstelle dort oder nicht, fragt **Stadtrat Stage** nach.

Bodenuntersuchungen habe es dazu nicht gegeben, da hierzu keine Forderung der Bodenschutzbehörde vorlag, so **Frau Schäferhenrich**.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Klärung im Baugenehmigungsverfahren.

Stadtrat Hempel hinterfragt die Festsetzungen zu den Stellplätzen.

Frau Schäferhenrich verweist hier auf die Forderung nach einer Mindestanzahl von Stellplätzen. Es geht hier größtenteils um Einfamilienhäuser - Wohnen. Sie geht davon aus, dass im eigenen Interesse der Eigentümer eine entsprechende Stellplatzanzahl zur Verfügung gestellt werde.

Abstimmung zur DS0471/20: 9-0-0

- 7.9. Satzung zum B-Plan Nr. 256-4 "Puppendorf/Berliner Chaussee"
Vorlage: DS0472/20
-

Abstimmung zur DS0472/20: 7-0-2

- 7.10. Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens und Erweiterung des Geltungsbereichs zum Bebauungsplan Nr. 481-1 "Iltisweg"
Vorlage: DS0627/20
-

Frau Schäferhenrich bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert das Planungsziel.

- Ausweisung von Wohnbauflächen (Einfamilien-, Doppel-, Reihenhäuser);
- Anpassung der Baugrenzen, Höhen/Ausrichtung der Gebäude;
- Nutzung regenerativer Energien;

Stadträtin Linke lehnt eine Bebauung von Ackerflächen ab und werde die Beschlussvorlage ablehnen.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die ungebrochene Nachfrage nach Eigenheimstandorten und mehrgeschossigen Wohnungsbauten in der Stadt.

Mit Besorgnis sehe er die Zunahme an Bebauungsplänen für Einfamilienhausgebiete in den Umlandgemeinden. Eine damit verbundene Abwanderung von Bürgern werde sich nicht mehr umkehren lassen. In diesem Zusammenhang kristallisiere sich zusätzlich die Errichtung von Einkaufszentren in den gewachsenen Umlandgemeinden heraus und in diesem Zusammenhang geht er auf die Thematik Oberzentrum bzw. Unterzentren ein.

Abschließend verweist er u.a. noch einmal auf die dann fehlenden Landeszuweisungen sowie Steuereinnahmen.

Stadtrat Mertens hinterfragt die Ablehnungsgründe des UwE.

Stadtrat Moll verweist auf die Bebauung von Ackerflächen, die abgelehnt werde, und den zusätzlichen Verkehr in dem Gebiet als einen weiteren Ablehnungsgrund.

Stadtrat Stage geht auf die Lage des Bebauungsplangebietes ein. Das Gebiet befinde sich zwischen zwei Bahntrassen, stellt er fest.

Stadtrat Stern werde der Beschlussvorlage zustimmen und verweist auf die Familien mit Kindern, an die sich dieses Angebot u.a. richte. Hier erfolge eine Ergänzung des vorhandenen Wohngebietes. Die Stadt entwickle sich nicht nach außen, sondern hier soll eine Entwicklung im Innenbereich erfolgen.

Den zukünftigen Bauherr*innen/Bürger*innen sollte die Lage des Bebauungsplangebietes durchaus bewusst sein, sollte man meinen, argumentiert **Stadtrat Stern**.

Stadtrat Hempel verweist auf die zukünftigen Herausforderungen in Bezug auf den Lärmschutz (Bahn 2030). Der Eisenbahnknoten soll ausgebaut werden und damit werde auch die Lärmbelastung höher, gibt er zu bedenken.

Die Aussagen von **Herrn Dr. Scheidemann** seien nachvollziehbar, aber er teile diese nicht. Wegen der konkreten Lage des zukünftigen Wohngebietes werde er dagegen stimmen. Er verweist auf die Endlichkeit von Flächen und einen Generationswechsel.

Des Weiteren findet er, dass bei einem „Nein“ nicht immer eine Debatte von Seiten der Verwaltung von Nöten sei.

Stadtrat Schuster sieht nur eine Wiederholung der Argumentationen gegen die Ausweisung neuer Wohngebiete. Er geht auf die umgebenden Wohngebiete im Bestand ein und verweist auf die Erschließungssituation.

In Barleben werde momentan ein riesiges Wohngebiet errichtet und der daraus resultierende Verkehr werde in die Stadt gezogen.

An **Stadtrat Hempel** gerichtet verweist **Herr Dr. Scheidemann** auf den bereits erfolgten Einwohnerschwind von Magdeburg.

7.11. Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung des Olvenstedter
Platzes
Vorlage: DS0597/20

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** spricht sich dafür aus, die Beschlussvorlage heute in einer 1. Lesung zu beraten. Er verweist auf eine ausstehende Beteiligung der GWA und deren Meinungsbild.

Herr Dr. Lerm (AL 61) bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Moll findet den Grundsatzbeschluss gut und begrüßt diesen. Ihm fehle aber eine Toilettenanlage auf dem Platz. Er denkt dabei auch an die Bus- und Straßenbahnfahrer*innen sowie die Marktbetreiber*innen.

Stadträtin Linke begrüßt die Idee zur Neugestaltung des Platzes. Einen Baum (Birke) zu fällen, weil dieser nicht Art- und Standortgerecht sei, lehne sie kategorisch ab. Des Weiteren bittet sie um eine genaue Begutachtung hinsichtlich aller zu fällenden Bestandsbäume. Die Zuwegung sowie Querungsmöglichkeit müsse Nutzergerecht hergestellt werden.

Stadtrat Hausmann kritisiert ebenfalls die geplante Baumfällung. Eine barrierefreie Zuwegung müsse geregelt werden, ebenfalls unterstützt er die Errichtung einer Toilettenanlage.

Stadtrat Hempel spricht sich auch für eine Toilettenanlage aus, aber er sieht diese eher nicht an dieser Stelle. Er verweist auf den geplanten Spielplatz der in der Nähe der ...? entstehen soll. Die Mitte des Platzes soll schick gemacht werden, das schließe eine Toilettenanlage seiner Meinung nach aus.

Herr Dr. Lerm verweist auf die Aufgabenstellung sowie den Planungsstand, der sich erst am Anfang befinde. Der Stadtrat bestimme die Richtlinien. Der Gesamtumfang der Planung betreffe nur die Mitte des Platzes, das Herzstück, die Insel.

Stadtrat Stern findet die Planung gut. Gedanken müsse sich über einen Paten für den Springbrunnen gemacht werden. Er geht auf die Nutzung des Platzes durch kleinere Händler (Erdbeerverkauf) ein und verweist auf die unbedingte Ertüchtigung der Überquerungsmöglichkeit (Hochbord), die mit betrachtet werden muss.

Der Wochenmarkt funktioniere momentan gar nicht gut, stellt **Stadtrat Stage** fest, umso wichtiger sei eine Entwicklung des Platzes.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag zum Vertagen: 9-0-0

vertagt

7.12. Grundsatzbeschluss Umgestaltung Nicolaiplatz
Vorlage: DS0604/20

Herr Dr. Lerm erläutert die aktualisierte Entwurfsplanung und verweist auf den Erhalt von Bäumen im Gegensatz zur ursprünglichen Planung.

Stadtrat Stage hinterfragt den zukünftigen Wochenmarktstandort.

Dieser verbleibe unverändert an seinem derzeitigen Standort, teilt **Herr Dr. Lerm mit**. Daran werde nichts geändert.

Stadtrat Hausmann äußert sich froh über die jetzige Entwicklung. Daraus ergebe sich eine gute Situation hinsichtlich dem Erhalt von Bäumen und Barrierefreiheit. Er lobt die gute Bürgerbeteiligung.

Abstimmung zur DS0604/20: 9-0-0

7.13. Verlängerung des Berufungszeitraumes für die Mitglieder bzw. Vertreter*in des Gestaltungsbeirates der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0022/21

Herr Dr. Lerm bringt die Beschlussvorlage ein.

Der Sachverhalt war den Stadträt*innen bereits bekannt, so dass auch keine Redebedarf mehr bestand.

Abstimmung zur DS0022/21: 9-0-0

8. Anträge

8.1. Angebot des Jobtickets für Bedienstete der Stadtverwaltung attraktiver gestalten
Vorlage: A0222/20

Stadträtin Linke erläutert den Antrag.

Herr Löwe (FB 01) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Das Angebot an einem Jobticket bestehe noch nicht so lange für die Mitarbeiter*innen, stellt **Stadtrat Hempel** fest. Er hält eine weitere Bewerbung für unnötig. Stattdessen sollte lieber über die Unterstützung der sozial Schwachen nachgedacht werden. Er verweist auf die geführten Diskussionen zum Sozialticket. Die Familien, die Kinder sollten unterstützt werden. Er findet, dass Mitarbeiter*innen der Verwaltung sich ein Jobticket durchaus leisten könnten und geht zudem auf die steuerlichen Gegebenheiten ein.

Für **Stadtrat Stern** stehen die Firmen im Focus. Sozialticket und Jobticket seien unterschiedliche Ansätze. Der ÖPNV sollte damit gestärkt werden. Die Bewerbung des ÖPNV müsse verstärkt werden.

Stadtrat Hempel verweist noch einmal auf seinen Schwerpunkt, den sehe er bei den sozial Schwachen und Kindern.

Das Angebot für ein Jobticket bestehe seit ca. 10 Jahren in der Stadt, informiert **Herr Löwe**. Auf dem Intranet seien alle Informationen für die Mitarbeiter*innen zugänglich.

Stadtrat Stern fragt nach den Gründen, warum das Angebot von den Mitarbeiter*innen der Verwaltung nicht so in Anspruch genommen werde.

Erhebungen, Statistiken gebe es dazu nicht, teilt **Herr Löwe** mit.

Abstimmung zum Antrag A0222/20: 5-1-3

8.1.1. Angebot des Jobtickets für Bedienstete der Stadtverwaltung attraktiver gestalten
Vorlage: S0416/20

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.2. Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl-Park in die Mehring-Straße
Vorlage: A0122/20

vertagt

8.2.1. Umsetzung der Franz-Mehring-Büste aus dem Geschwister-Scholl-Park in die Mehring-Straße
Vorlage: S0446/20

vertagt

8.3. Instandsetzung von Kopfsteinpflasterstraßen in der Ortschaft Randau-Calenberge und Schaffung von Stellplätzen
Vorlage: A0215/20

Stadtrat Dr. Grube verlässt um 17:30 Uhr die Sitzung, dafür nimmt **Stadtrat Hausmann** an der Sitzung teil.

Der Antrag wurde schon einmal am 04.02.2021 diskutiert, beraten und vertagt.

Herr Kräuter (Ortsbürgermeister Randau-Calenberge) bringt den Antrag ein. Er verweist auf den schlechten Straßenzustand, Fahrradfahrer*innen auf dem Gehweg und die damalige Fördermittelsituation.

Herr Gebhardt (AL 66) geht auf die Anregungen aus der letzten StBV-Sitzung ein und untermauert seine Ausführungen mit Fotomaterial.

Des Weiteren geht er auf die Fördermittelbindefrist der Müllerbreite ein, die bis 2023 bestehe. Er geht auf die Buslinienführung ein und erläutert die damit verbundenen Radien der Schleppkurve. Deshalb können im Straßenbereich der Buswendestelle keine PKW--Parkplätze neu vorgenommen werden.

Herr Kräuter äußert klarstellend, dass die Fläche der ehemaligen Feuerwehr als Parkplatz gemeint war.

In seinen weiteren Ausführungen geht **Herr Gebhardt** auf die Straßenzustände in der Calenberger Dorfstraße, der Müllerbreite und der Straße Zur Kreuzhorst ein.

Speziell in der Müllerbreite ist zum Beispiel eine Verfugung sehr aufwändig. Nach vielen Jahren (mehr als 20) haben sich die Fugen zugesetzt, die Fugen müssen für eine Neuverfugung

mindestens 3 cm tief freigekratzt/gereinigt werden. Jedoch werde mit einer neuen, teuren Verfassung der erhoffte Effekt hinsichtlich einer wahrnehmbaren Lärmreduzierung nicht erzielt werden können. Die Verfassungskosten würden vor.??? wie folgt auftreten:

- Müllerbreite: ca. 480 T €;
- Calenberger Dorfstraße: ca. 300 T €;
- Zur Kreuzhorst: ca. 140 T €;

Ein Lösungsvorschlag für eine Verbesserung der Radwegführung in der Straße Zur Kreuzhorst wäre u.a. eine mögliche Verbreiterung des vorhandenen Gehweges auf 2,50 m. (Anlage Sanierungsvarianten)

Herr Kräuter verweist darauf, dass die Hauptverkehrsachse mit der Buslinienführung betrachtet werden sollte. Er führt zu den unterschiedlichen Straßenbelägen in den Ortslagen aus und geht auf den unterschiedlichen Einbau von Pflaster ein. In einem Bereich wurde Kopfsteinpflaster verbaut, an einer anderen Stellen Betonsteinpflaster. Es gehe um eine Erleichterung für die Bürger vor Ort.

Herr Gebhardt verweist auf die unterschiedlichen Fördermittelsituationen.

Stadträtin Linke hält an ihrem Änderungsantrag fest.

Stadtrat Schuster sieht die Verfassung als eine Möglichkeit, um eine Asphaltierung zu vermeiden, hält jedoch den Kostenansatz für die Verfassungen für sehr hoch.

Stadtrat Stern geht auf die vorhandene Fuß- und Gehweg-Prioritätenliste ein und verweist auf das Haushaltsdefizit von 30 Mio. €.

Änderungsantrag:

Auf der Straße „Zur Kreuzhorst“ im Abschnitt zwischen Randauer Dorfstraße bis zum Haus „Zur Kreuzhorst 50“ wird auf die Kopfsteinpflaster-Straße entweder mittig eine 250 cm breite Teilasphalt-Schicht in Anlehnung an die Wilhelm-Külz-Straße aufgebracht oder eine 250 cm breite mittige Fläche der Kopfsteinpflaster-Fahrbahn mit geschnittenem, glatten (Naturstein-) Pflaster neu gepflastert und eingefasst oder eine Verfassung eingebracht.

Begründung:

So wird wie die in der Wilhelm-Külz-Straße verhindert, dass Fahrradfahrende den Gehweg widerrechtlich nutzen. Gleichzeitig wird das Fahrgefühl und die Verkehrssicherheit für Auto- und Radfahrende erhöht und Lärmemissionen gesenkt.

Abstimmung: 3-4-2 abgelehnt

Abstimmung zum Antrag A0215/20: 2-6-1 nicht empfohlen

8.3.1. Instandsetzung von Kopfsteinpflasterstraßen in der Ortschaft
Randau-Calenberge und Schaffung von Stellplätzen
Vorlage: S0457/20

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.4. Informationspflicht vor Baumfällungen (A0026/21)

Stadtrat Moll führt zur Diskussion im UwE und dem sich daraus entwickelnden Entwurf eines gemeinsamen Antrages ((Informationspflicht bei Baumfällgenehmigungen) aus.

Stadtrat Hempel möchte nicht mehr von Tatsachen überrascht werden, selbst wenn ein gültiger Bebauungsplan existiere. Er hält den Antrag für einen richtigen Weg in der Kommunikation.

Von Baumfällungen seien die Bürger immer überrascht und gefrustet, teilt **Stadträtin Linke** mit. Sie verweist auf E-Mail-Verkehr mit Bürgern.

Stadtrat Hausmann werde sich enthalten.

Stadtrat Schuster verweist auf die Informationen durch den SFM auf der Homepage, die eventuell angepasst werden müsse. Er geht auf Baumfällungen bei Gefahr in Verzug ein, hier müsse gehandelt werden können. Vertrauen in die Verwaltung müsse es geben. Der Antrag sollte anders formuliert werden, konkreter gefasst werden.

Stadtrat Stage verweist auf die inhaltlichen Informationen auf der Homepage vom SFM. Hier seien nur städtische Maßnahmen enthalten, bemängelt er, und keine Information zu Baumfällungen auf privaten Grundstücken.

Er hätte sich eine Information vor den Fällungen der Bäume gewünscht, ähnlich wie bei den Informationen zu den Denkmälern und verwahrlosten Immobilien. Er geht auf die Genehmigungspflicht zu Baumfällungen ein und sieht hier eine Pflicht zur Information vorab.

Für **Stadtrat Hempel** steht mehr Transparenz im Vordergrund. Eine Information hierzu stehe auch nicht dem Datenschutz gegenüber, findet er.

Herr Dr. Lerm verweist auf einen unterschiedlichen Umgang hinsichtlich „Baulückenschluss“ nach dem § 34 BauGB.

Des Weiteren berichtet er von der Handhabung in anderen Städten. Hier gebe es einen Konsens, der Natur auf potentiellen Baugrundstücken zunächst freien Lauf zu lassen, dieses aber unter der Maßgabe bei einer möglichen Bebauung des Areals problemlos beräumen zu dürfen.

Er befürchtet, wer eine Baugenehmigung habe, könne eine Art präventive Fällung veranlassen, um auf der sicheren Seite zu sein.

Stadtrat Schuster habe mit dem Antrag ein Problem. Er kenne Aussagen von BG I, dass man Baumbewuchs dulde und eine Fällgenehmigung zusichere bei einer anstehenden Bebauung. Baufeldfreimachungen und Baumfällungen müssen seiner Meinung nach in einem Zeitfenster von November – Ende Februar erfolgen, aufgrund der Brutzeiten von Vögeln bzw. Blühzeiten. Die Baumschutzsatzung gebe das Zeitfenster für mögliche Fällarbeiten vor.

Abstimmung zum Antrag A0026/21: 4-0-5

9. Informationen

9.1. Antrag Piktogramm Fußgängerzone / Olven 1 Vorlage: I0345/20

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.2. Beleuchtung Elberadweg Magdeburg
Vorlage: I0012/21
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.3. Ausleuchtung des Fußweges entlang der Südseite des
Neustädter Sees
Vorlage: I0013/21
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.4. Aufstellung von Fahrradbügel und Pollern im Bereich der
Raiffeisenstraße (Nordseite)
Vorlage: I0025/21
-

Stadtrat Mertens kann in dem Plan (Anlage) die Fahrradbügel nicht erkennen und bittet um Erläuterung.

Herr Dr. Scheidemann verweist auf die „gelben Kästchen“ im Plan, dieses seien die Standorte für die Fahrradbügel.

Stadtrat Schuster hofft auf eine rege Nutzung der Fahrradbügel, ansonsten hätten einfache Poller das Problem auch beheben können. Er fragt warum keine Poller zum Schutz des „Grün“ verwendet worden.

Stadtrat Stage kann einen regen Bedarf feststellen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.5. Erhebung von Straßenausbaubeiträgen
Vorlage: I0026/21
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.6. A0240/19 Baumaßnahmen im Magdeburger Norden
koordinieren – Umleitungsverkehr ordentlich organisieren
Vorlage: I0006/21
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.7. Touristisches Parkraumkonzept der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: I0226/20
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.8. Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Maßnahmen des
Bebauungsplans Nr. 476-1 "Mariannenviertel"
Vorlage: I0034/21
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
-

Herr Gebhardt berichtet über den planmäßigen Verlauf der Arbeiten. Er verweist auf die regelmäßige Berichterstattung und Information im Finanz- und Grundstücksausschuss sowie dem StBV. Die nächste Information werde am 24.03.2021 im StBV vorgestellt.

11. Verschiedenes
-

Stadtrat Stage hinterfragt die Erreichbarkeit für Rollstuhlfahrer*innen bzw. Rollatorbenutzer*innen der neuen Hotelanlage im Stadtpark. Er fragt, was mit der geplanten Rampe sei und verweist auf aktuelles Bildmaterial.

- Ist das Bauvorhaben noch barrierefrei?
- Kann der Bauherr einfach seine Planungen ändern und auf den Bau der Rampe verzichten?

Nachrichtlich Amt 63:

Die Barrierefreiheit wurde im Baugenehmigungsverfahren nachgewiesen.

Die barrierefreie Zugänglichkeit wird über das Parkdeck und einen Aufzug gesichert.

Eine Rampe war weder Bestandteil des Baugesuches noch Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplans.

Mit der Anzeige über die beabsichtigte Nutzungsaufnahme wurden mit Datum vom 18.01.2021 die beteiligten Ämter, u.a. die Behindertenbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg, aufgefordert, die erlassenen Nebenbestimmungen zu kontrollieren.

Eine Mängelanzeige liegt dem Bauordnungsamt nicht vor.

Stadtrat Hausmann verweist auf eine Anwohnernachfrage zu Bautätigkeiten im Bereich der Straße Am Freihof sowie der damit verbundenen Sperrung.

Nachrichtlich:

*Im Bereich des abgefragten Straßenabschnittes in der Straße Am Freihof erfolgt zur Zeit laut Antragsunterlage eine Trockenlegung des Fundamentes.
Die Trockenlegung wird voraussichtlich zum 31.03.2021 fertiggestellt sein.*

Stadträtin Linke geht auf die unzureichende Baustellenbeschilderung im Bereich der Olvenstedter Straße ein.

Herr Gebhardt verweist auf leider bereits aufgetretenen Diebstahl und Vandalismus. Schilder verschwinden laufend, die Schäden werden jeweils nach Kenntnisnahme immer zeitnah behoben.

Stadtrat Schuster geht auf die Information (Volksstimme) zum Rückzug des Investors am Hopfenplatz ein. Wie geht es dort weiter, wie ist der momentane Stand? Momentan sehe das Umfeld nicht schön aus.

Nachrichtlich:

Der Verwaltung liegt kein neuer Sachstand vor.

Stadträtin Linke hinterfragt den Stand zu den Stellenbesetzungsverfahren bei der Verkehrsplanung sowie der Freiflächenplanung.

Nachrichtlich:

Ausschreibungsende bei der Freiflächenplanung war am 12.03.2021. Der Besetzungsvorschlag wurde durch den Personalrat bestätigt. Hier muss die einzuhaltende 14-tägige Widerspruchsfrist eingehalten werden.

Ausschreibungsende bei der Verkehrsplanung war am 15.01.2021. Das Wiederbesetzungsverfahren läuft demnach ebenfalls.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin